



Der Beirat der Bundesregierung
Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Klimawandel und Konflikte

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE
DEUTSCHE AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

STUDIE 2 AUS DER STUDIENREIHE DES BEIRATS



Studie des Beirats der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Autor*innen:

Vinke, Kira^{1,2}; Dröge, Susanne³; Gießmann, Hans-Joachim^{1,4}; Hamm, Charlotte⁴; Kroll, Stefan^{5,6}; Rheinbay, Janna²; Wesch, Stefanie².

¹ Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

² Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

³ Stiftung Wissenschaft und Politik

⁴ Berghof Foundation

⁵ Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

⁶ Leibniz-Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“



Der Beirat der Bundesregierung
Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Klimawandel und Konflikte

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK

STUDIE 2 AUS DER STUDIENREIHE DES BEIRATS

Impressum

Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung
c/o Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Autor*innen:

Dr. Kira Vinke, Dr. Susanne Dröge, Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann, Charlotte Hamm, Dr. Stefan Kroll, Janna Rheinbay, Stefanie Wesch

Redaktion: Dr. Kira Vinke

Zitierweise für diese Publikation:

Vinke, Kira; Dröge, Susanne; Gießmann, Hans-Joachim; Hamm, Charlotte; Kroll, Stefan; Rheinbay, Janna; Wesch, Stefanie (2021): Klimawandel und Konflikte. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Herausgegeben vom Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Studie 2. Berlin.

Diese Studie wurde von Mitgliedern des Beirats Zivile Krisenprävention und Friedensförderung und externen Expert*innen verfasst. Inhalte und Empfehlungen geben nicht notwendigerweise die Meinung des Beirats oder einzelner Mitglieder wieder, sondern liegen in der Verantwortung der Autor*innen.

Lektorat: Pachal Lektorat

Layout: www.kiono.de

Kontakt: Laura Berger, Koordinatorin des Beirats: l.berger@ifa.de

Stand: Januar 2021

Vorwort

Vorwort

Der Beginn dieses Jahrzehnts ist geprägt von den Auswirkungen extremer Ressourcen-übernutzung. Die Covid-19-Pandemie, hervorgerufen durch eine Zoonose und die rasant fortschreitende Klimakrise zwingen Regierungen weltweit zu einem tiefgreifenden und komplexen Krisenmanagement. Trotz wissenschaftlicher Erkenntnis über diese wachsenden nicht-traditionellen Sicherheitsrisiken, ist keine ausreichende Prävention zum Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft erfolgt. Vor diesem Hintergrund befasst sich eine Arbeitsgruppe des Beirats Zivile Krisenprävention und Friedensförderung mit den sicherheitspolitischen Implikationen des Klimawandels. Der Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung hat den Auftrag, die Ressorts der Bundesregierung zu beraten und eigene konzeptionelle Beiträge zu entwickeln.

In den vergangenen Jahren ist deutlich geworden, wie groß die negativen Folgen des Klimawandels in fragilen Regionen bereits sind. Schon bei einem Temperaturanstieg von etwa 1,2°C bedrohen Extremereignisse und schleichende Veränderungen die Lebensgrundlagen insbesondere von Menschen, die in Armut leben oder politisch und gesellschaftlich marginalisiert sind. Ressourcenknappheit kann interkommunale Spannungen verschärfen und bereits bestehende Konflikte eskalieren lassen.

Die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ legen Prinzipien und Handlungsfelder für den Umgang mit bewaffneten Konflikten fest und weisen auf die Herausforderungen des Klimawandels für die Außen- und Verteidigungspolitik hin. Ein wichtiges Handlungsprinzip der Bundesregierung ist der Vorrang von präventiven und zivilen Mitteln bei der Eindämmung von Krisen. Frieden, Sicherheit und Entwicklung sind auf ein stabiles Weltklima angewiesen. Gerade im außen- und sicherheitspolitischen Bereich fehlen jedoch bisher Strategien und konkrete Maßnahmen zur Bewältigung von wachsenden Klimarisiken.

Die vorliegende Studie zeigt die komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen Klimafolgen, Konflikten und menschlicher Sicherheit auf und bietet einen Überblick zu dem deutschen Engagement in diesem Themengebiet. Auf der Grundlage dieser Analyse werden bestehende Lücken benannt und Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung formuliert.

Wir danken der Arbeitsgruppe des Beirats „Klimawandel und Sicherheit“ für die Erstellung der Studie und freuen uns auf den weiteren Dialog.



Dr. Kira V. Vinke
Co-Vorsitzende



Bodo von Borries
Co-Vorsitzender

Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Januar 2021

Danksagung der Autor*innen

Wir danken Laura Berger, Theresa Breitmaier, Basir Feda und Ole Jakob Weber für die Unterstützung der Arbeitsgruppe. Darüber hinaus danken wir dem Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung und insbesondere den beiden Gutachter*innen Sonja Schiffers und Winfried Nachtwei für die Kommentierung der Studie. Wir danken dem Ressortkreis Zivile Krisenprävention für seine Unterstützung und den fachlichen Austausch zum Thema Klimafolgen und menschliche Sicherheit. Die Autor*innen danken Frau Silke Pachal für das Lektorat und Herrn Björn Danzke für das Layout der Studie.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Vorwort	4
Danksagung der Autor*innen	5
1. Einleitung	8
2. Forschungsstand Klimawandel & gewaltsame Konflikte	11
3. Relevanz für die deutsche Sicherheits- und Außenpolitik	16
4. Klimawandel als Krise	19
5. Länderbeispiel: Klimafolgen und Sicherheit in Afghanistan	22
Situation und Trends	23
Konfliktbezogene Folgen der identifizierten Trends	25
Klima- und Umweltrisiken in Afghanistan	26
Kurz- und langfristige Auswirkungen und erschwerende Faktoren	27
6. Mapping des deutschen Akteursfelds	29
7. Klimasicherheit als Thema für Deutschland in der EU und in weiteren Foren	32
8. Klimasicherheit als Thema für Deutschland im UN-Sicherheitsrat	35
9. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen	38
Literaturverzeichnis	41
Der Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung	48

1. Einleitung



Frankfurt am Main, Deutschland, 22. März 2019 – „Fridays for Future“ Proteste gegen die Klimapolitik in Frankfurt.
© shutterstock / Paapaya

Mit dem deutschen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat (2019–2020) und vor dem Hintergrund der sich verschärfenden globalen Klimafolgen hat das Thema Klimawandel und menschliche Sicherheit in Deutschland an öffentlichem und politischem Interesse gewonnen¹. Maßgeblich dazu beigetragen haben internationale Protestbewegungen, die den Menschen in das Zentrum des Umweltschutzes stellen. Zwar widmen sich zunehmend deutsche Forschungseinrichtungen und politische Entscheidungsträger*innen den Sicherheitsrisiken des Klimawandels, doch bestehen im politischen Umgang mit diesem komplexen Nexus weiterhin Inkohärenzen und Verständnislücken.

Die Covid-19-Pandemie hat im Jahr 2020 gezeigt, dass Ressourcenübernutzung, die weit entfernt scheint, wie der Wildtierhandel in China, erhebliche negative Konsequenzen für Deutschland haben kann. Gleichzeitig erwiesen sich ein frühzeitiges Eingreifen in den Krisenverlauf und das Zusammenspiel von entschlossener politischer Führung und individuellem Handeln als zentrale Instrumente, um Schäden einzudämmen. Trotz der überwältigenden Evidenz zu den existenzbedrohenden Auswirkungen des Klimawandels wurden bisher keine Schutzmaßnahmen wie bei der Covid-19-Pandemie ergriffen, die ähnlich ambitioniert und der Dringlichkeit angemessen sind. Krisenursachen und -Folgen liegen in der Covid-19-Pandemie zeitlich und räumlich dicht beieinander, was den Hand

¹ In dieser Studie wird durchgängig von diesem Sicherheitsbegriff ausgegangen. Vgl. Dröge 2020 zu verschiedenen Sicherheitsbegriffen in der internationalen Debatte.

lungsdruck erhöhte. Die Wahrnehmung der Krise und ihrer Risiken sowie die persönliche, akute Betroffenheit sind entscheidende Faktoren dafür, dass Maßnahmen zum Infektionsschutz schneller als zur Emissionsminderung und Klimaanpassung getroffen wurden.

Weil die Risiken durch den Klimawandel bereits gestiegen sind, werden sich zukünftige Krisen vor dem Hintergrund verschlechterter Umweltbedingungen, wie der Zunahme von Extremwetterereignissen, vollziehen. Somit gilt es, Lehren aus der Covid-19-Pandemie für die Bewältigung der Klimakrise zu nutzen. Neben dem Primat der Prävention ist im Kontext der Sicherheitsrisiken des Klimawandels auch die Relevanz der internationalen Zusammenarbeit zu nennen, da globale Krisen nur im Zusammenspiel der Länder gelöst werden können. Im Zuge des Wiedereintritts der USA in das Pariser Abkommen, werden sich für die Außen- und Sicherheitspolitik neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit eröffnen.

Diese Studie reflektiert den Forschungsstand zum Nexus Klimafolgen, Konflikte und Sicherheit und bietet einen Überblick der Akteur*innen in Deutschland, die sich damit wissenschaftlich und politisch befassen. Anhand des Länderbeispiels Afghanistan wird die Relevanz für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik verdeutlicht. Unsere Analyse umfasst die internationalen Foren, in denen Deutschland zu dem Thema bereits aktiv arbeitet. Sie wirft die Frage auf, wie Klimadiplomatie mit anderen außenpolitischen Zielen verknüpft werden kann.

2. Forschungsstand Klimawandel & gewaltsame Konflikte

Expert*innen sind sich darin einig, dass sich Klimaveränderungen auf die Entwicklung von Konflikten auswirken. Unklar sind jedoch die genauen Mechanismen, durch die Klimakatastrophen auf Konfliktsituationen einwirken. Einige Studien zeigen ein reziprokes Wirkungsverhältnis von Umweltkatastrophen und bewaffneten Konflikten, in dem beide Faktoren die Folgeschäden des jeweils anderen verstärken (Uexkull et al. 2016). Weltweit treffen Klimafolgen auf verschiedene sozioökonomische Kontexte und wirken sich auf das gesellschaftliche Gefüge unterschiedlich aus. Insbesondere in ohnehin schon fragilen und politisch und ethnisch fragmentierten Regionen ist der Klimawandel ein signifikantes Risiko für das Entstehen und Verschärfen von Konfliktkonstellationen (Schleussner et al. 2016).

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) unterscheidet beispielsweise zwischen sechs verschiedenen Risiken für die internationale Sicherheit: Eine mögliche Zunahme der Zahl schwacher und fragiler Staaten, Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung, wachsende Verteilungskonflikte, Gefährdung von Menschenrechten, Herausforderungen durch Migration und eine Überforderung klassischer Sicherheitspolitik (WBGU 2007).



Eine Arbeiterin trägt eine Axt auf einer Wiese. © shutterstock / SAPHOTOG

Andere maßgebliche Faktoren für die Entstehung von Konflikten, wie beispielsweise sozioökonomische Ungleichheiten, ethnische Fragmentierung sowie fragile und versagende Staatlichkeit gelten als einflussreicher als der Klimawandel an sich (Mach et al. 2019). Hervorzuheben ist jedoch, dass diese Faktoren die möglichen Folgeschäden von durch den Klimawandel entstehenden klimatischen oder hydrologischen Extremereignissen begünstigen. So können beispielsweise Dürren ein substanzielles Konfliktpotenzial darstellen, weil sie die Nahrungsmittelversorgung negativ beeinflussen (Uexkull et al. 2016). Eine hohe Abhängigkeit der Bevölkerung von der Agrarwirtschaft birgt ein zusätzliches Risiko, da Klimafolgen in der Landwirtschaft große Bevölkerungsgruppen direkt existenziell bedrohen und auch zur Migration zwingen können (Kelley et al. 2015). Insbesondere die

mangelhafte Reaktionsfähigkeit von Regierungen auf klimabedingte Migration vom Land in die städtischen Randgebiete kann zu Spannungen führen, wenn es in der städtischen Infrastruktur und auf den urbanen Arbeitsmärkten keine ausreichenden Kapazitäten gibt. Zudem wirkt sich der Klimawandel unterschiedlich auf die Sicherheit verschiedener Bevölkerungsgruppen aus. Bereits marginalisierte Bevölkerungsgruppen sind durch bestehende strukturelle Ungleichheiten in Konfliktsituationen zusätzlichen Risiken ausgesetzt (Kelley et al. 2015). Die Folgen des Klimawandels verteilen sich zum Beispiel auch nicht geschlechtsneutral (UNEP et al. 2020). Im Kontext zunehmender Klimafolgen können unterschiedliche Geschlechterrollen zu einer Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen beitragen. So begünstigen Klimafolgen in bereits fragilen Staaten beispielsweise die Rekrutierung von jungen Männern in extremistische Gruppierungen und verringern für Frauen die Bildungschancen. Der Arbeitsaufwand und somit die Arbeitszeit von Frauen wird durch Ressourcenknappheit erhöht. Eine zunehmende Marginalisierung wirkt sich negativ auf ihre Lebensumstände aus. Insbesondere in Staaten, die bereits fragil sind, führt der Klimawandel zu erhöhten Gesundheitsrisiken und kann die reproduktiven Rechte von Frauen einschränken (Charbit 2018). Gleichzeitig steigt so die Vulnerabilität von Frauen für eine frühe Mutterschaft, Heirat im Kindesalter und Gewalt. Darüber hinaus ist die traditionelle strikt binär verankerte Sichtweise von Geschlecht problematisch. Erforderlich ist ein differenzierterer Blick auf Geschlecht, um hinsichtlich der Folgen des Klimawandels geschlechtlich bedingte Differenzen offenzulegen (Mohr et al. 2020). Es ist zudem unabdingbar, dass Frauen nicht nur als Opfer des Klimawandels und des binären Geschlechterkonstrukts gesehen werden, sondern gezielt ihre Rolle als Akteurinnen wahrgenommen und im Hinblick auf Klimawandel, Anpassungsmaßnahmen und Sicherheit genutzt wird (Charbit 2018).



AHMEDABAD, INDIEN – 10. Dezember 2017 – Muslimische Töpferinnen aus dem Dorf Makarba in Indien füllen Wasser aus einem Brunnen ab. © shutterstock / Sharad Raval

Ob der Klimawandel zu gewalttätigen Konflikten führt, hängt maßgeblich von der Vulnerabilität einer Bevölkerung ab. Diese zeichnet sich zum einen dadurch aus, wie exponiert Gesellschaften dem Klimawandel und seinen Folgen gegenüber sind. Zum anderen spielt die

Höhe der Anpassungskapazitäten an den Klimawandel eine große Rolle. Ergo bedroht der Klimawandel die Sicherheit von Menschen in Ländern, die stark von der Landwirtschaft – insbesondere von der Subsistenzlandwirtschaft – abhängen und denen die Mittel für die Anpassung an Klimafolgen fehlen. Verteilungsprobleme und Auseinandersetzungen über den Zugang zu Land, Wasser- und Energieressourcen werden durch den Klimawandel verschärft. Er verstärkt zudem bereits existierende Umweltgefährdungen wie Dürreperioden und Überflutungen. Dadurch sind vornehmlich Regionen vom Klimawandel betroffen, deren Bevölkerung bereits regelmäßig extremen Klimaereignissen sowie anderen Risikofaktoren ausgesetzt ist (WBGU 2007). Da der Klimawandel bereits bestehende Probleme und Konflikte verschärft, stehen aus sicherheitspolitischer Sicht insbesondere Regionen im Fokus, in denen bereits maßgebliche Risikofaktoren vorhanden sind (Wesch et al. 2019). Dazu gehören unter anderem instabile und fragile Staaten wie Afghanistan, Sudan oder der Kongo. Armut, Bevölkerungsreichtum, ethnische, soziale und politische Spannungen sowie interne und internationale Vertreibung stellen weitere Risikofaktoren dar.

Hinsichtlich der konkreten Wirkungsmechanismen zwischen Klimawandel und Konflikten herrschen teilweise Unsicherheiten. Ein Grund liegt darin, dass die bisherigen klimatischen Veränderungen vergleichsweise gering sind, die Entwicklung des Klimawandels somit noch am Anfang steht. In Anbetracht dessen, dass die vom Menschen verursachte Erderwärmung im globalen Durchschnitt derzeit bei etwa 1,2 °C liegt, also lediglich bei einem Teil der je nach Emissionspfad bis Ende des Jahrhunderts projizierten Temperaturanstiege (IPCC 2018), steht auch die Analyse über die Wirkung des Klimawandels als Konflikttreiber noch am Anfang. Des Weiteren widmet sich ein Großteil der Fallstudien einer Reihe von bereits erforschten Ländern, während Daten für andere, vulnerablere Länder fehlen. Puerto Rico, Myanmar, Haiti, die Philippinen, Pakistan, Vietnam, Bangladesch, Thailand, Nepal und Dominica stehen beispielsweise ganz oben auf dem Klima-Risiko-Index von Germanwatch (Eckstein et al. 2019), während sich die meisten Studien mit Kenia, Sudan, Ägypten, Indien, Nigeria, Syrien, Israel/Palästina, Äthiopien, Irak und Süd-Sudan befassen (Adams et al. 2018). Dies liegt unter anderem an dem sogenannten „Laterneneffekt“. Danach werden bereits gut erforschte Regionen, die für Wissenschaftler*innen sprachlich, politisch und kulturell leichter zugänglich sind, entsprechend häufiger betrachtet (Dröge 2020). Kaum erforscht ist bislang der Zusammenhang zwischen Biodiversitätsverlusten, die auch durch Klimafolgen entstehen können, und Risiken für die menschliche Sicherheit. Es ist jedoch anzunehmen, dass sich ein massives Artensterben, wie es derzeit durch anthropogene Einflüsse forciert wird, auch auf die Sicherheit des Menschen auswirkt.

Offen bleibt die Frage, warum gewaltsame Konflikte in Regionen ausbleiben, die aufgrund von mehreren Risikofaktoren als besonders anfällig für die Auswirkungen von Klimakatastrophen gelten (Dröge 2020). Von zentraler Bedeutung ist somit die Erforschung von Interventionsmechanismen zur Unterbrechung der Wirkungszusammenhänge zwischen Klimafolgen und Konflikten. Wie in der Forschung zu anderen Konflikttreibern und -konstellationen, ist es auch in der Analyse der Verbindung zwischen Klimafolgen und Konflikten nicht zielführend, einzelne Treiber isoliert zu betrachten. Vielmehr ist eine systemische Analyse notwendig, die die verschiedenen Kapazitäten von Staaten hinsichtlich der Anpassung an den Klimawandel und zur Mediation von Konflikten mit einbezieht und zentrale Interaktionen identifiziert.

Während sich zum Nexus zwischen Klimafolgen und Sicherheit die wissenschaftliche Evidenz verdichtet, gibt es sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft Stimmen, die eine Versicherheitlichung (*Securitization*) des Klimawandels kritisch sehen oder verhindern wollen (Wehrheim 2018). Einerseits wird die Verortung der Klimathematik in Sicherheitsforen mit dem Argument hinterfragt, dass auf diesem Weg militärische Interventionen begünstigt und somit staatliche Souveränität beeinträchtigt werden könnten. Gleichzeitig

versuchen auf UN-Ebene einzelne Staaten wie China oder Russland, nichttraditionelle Sicherheitsrisiken im UN-Sicherheitsrat möglichst nicht zu behandeln. Auch die deutsche Friedens- und Konfliktforschung diskutiert die Frage nach den Wirkungen des Klimawandels auf Konflikte kritisch. Dabei wird die Gefahr unterstrichen, dass der Nexus Klimafolgen und Konflikte genutzt werden könnte, um Despot*innen, militärische Interventionen oder die Ausweitung militärischer Entscheidungsbefugnisse zu legitimieren. So würde der Fokus weg von Rechtsstaatlichkeit und Governance auf die Folgen des Klimawandels gelenkt, was denjenigen als Nebelwand dienen könnte, die sich der Verantwortung für gewaltsame Konflikte entziehen möchten (Lucke et al. 2016). Jedoch erscheint es wenig realistisch, dass sich beispielsweise ein diktatorisches Regime, das Minderheiten unterdrückt, glaubwürdig hinter die Folgen des Klimawandels zurückziehen könnte, oder dass es völkerrechtlich möglich wäre, Klimafolgen als Interventionsgrund anzuerkennen. Die Debatte geht teilweise auf Positionen von Klimaleugner*innen zurück, die die Auswirkungen des Klimawandels relativieren oder bestreiten. Somit geht die berechtigte Warnung vor Missbrauchsrisiken mit einer Relativierung einher und teilweise mit der Verdrängung des hohen Risikos von Klimafolgen im Bereich der menschlichen Sicherheit.

Diskutiert wird darüber hinaus über technologische Risiken und Entwicklungen in sicherheitspolitischen Foren, die mit dem Klimawandel zusammenhängen. Hier geht es zum einen um das sogenannte *Geoengineering*, bei dem die Temperatur bzw. der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre durch massive Eingriffe in das Erdsystem geändert werden soll. Während natürliche Formen der CO₂-Sequestrierung durch Wiederaufforstung weniger strittig sind als andere Methoden des *Carbon Dioxide Removal*, gibt es weitere risikoreiche Technologien, die als scheinbare Lösungen präsentiert werden. Ansätze, mit denen die Sonneneinstrahlung modifiziert werden soll (*Solar Radiation Management*), würden bestenfalls eine temporäre Verlangsamung des globalen Temperaturanstiegs herbeiführen, sie müssten also dauerhaft erfolgen. Es wird davon ausgegangen, dass bereits ihre Testung im Feld erhebliche sicherheitspolitische Konsequenzen haben könnte und auch grundlegende ethische Fragen aufwirft (Gardiner et al. 2020, Lawrence et al. 2018, Keller et al. 2014). Zum anderen werden auch geopolitische Veränderungen diskutiert, die durch ein energiepolitisch transformiertes Machtverhältnis entstehen. Gegenseitige Abhängigkeiten aufgrund von Importen fossiler Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas werden zukünftig entfallen. Um die Stabilität in den betroffenen zwischenstaatlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten, ist es parallel zum Ausstieg aus den fossilen Energien sinnvoll, neue Kooperationsfelder zu identifizieren und aufzubauen.

Es ist ein Risiko, dass aus europäischer Sicht Flucht- und Migrationsströme, die als Folgen von klimatischen Extremereignissen auftreten, in erster Linie als kurzfristige sicherheitspolitische Gefahr und nicht als humanitäre Katastrophe begriffen werden. Ein mögliches Resultat dieser Art des Framings könnte es sein, dass sich der Fokus von den Präventivmaßnahmen auf die Symptombekämpfung verlagert, etwa mit verstärktem Grenzschutz (Grauvogel et al. 2014). Diese Argumente reichen jedoch nicht aus, um die zentrale Bedeutung des Zusammenhangs zwischen Klima und Konflikten für die internationale Sicherheit zu schmälern. Zudem weisen die Argumente Parallelen zu der inzwischen weitestgehend beigelegten Debatte auf, die Entwicklungs- und Klimapolitik einander gegenübergestellt hat. Inzwischen ist klar geworden, ohne Klimaschutz wird es keine Entwicklungsfortschritte geben und auch keinen nachhaltigen Frieden (vgl. Wolff et al. 2020). Diese Erkenntnis ist auch für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik von zentraler Bedeutung.

3. Relevanz für die deutsche Sicherheits- und Außenpolitik



Dhaka, Bangladesh – 21. Juli 2020 – Fahrraddrikschas versuchen, auf einer überfluteten Straße in Dhaka zu fahren.
© shutterstock / Sk Hasan Ali

In den Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ wird angeregt, das Thema Klimawandel stärker in laufende Aktivitäten zur Krisenprävention und Konfliktbewältigung zu integrieren (Bundesregierung 2017). Damit wird der Umgang mit Klimarisiken als wichtiges Handlungsfeld der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik hervorgehoben. Auch das Weißbuch der Bundeswehr weist auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen hin. Jedoch werden in beiden Dokumenten kaum konkrete strategische Ziele benannt, die nachhaltig eine vertiefende Befassung mit dem Thema verankern.

Indes hat die Bundesrepublik Deutschland als mittelgroße Macht ein besonderes Interesse an verlässlicher internationaler Sicherheit, kollektiver Krisenbewältigung und Prävention. Somit ist eine Erfassung und multilaterale Eindämmung der Sicherheitsrisiken durch Klimafolgen von zentraler Bedeutung, deren Dringlichkeit seit der Veröffentlichung der Leitlinien und des Weißbuchs durch globale Protestbewegungen und eine wachsende wissenschaftliche Evidenz weltweit nochmals gestiegen sind.

Der Wissenschaftliche Beirat für Globale Fragen und Umweltveränderungen hat als zukünftige mögliche Brennpunkte folgende Regionen identifiziert: Nordafrika, die Sahelzone, das südliche Afrika, Zentralasien, Südasien, China, die Karibik, den Golf von Mexiko sowie die Andenregion und den Amazonas. In diesen Regionen ist eine radikale Umgestaltung des Naturraums wie zum Beispiel die Gletscherschmelze im Himalaya, ein möglicher Kollaps des Amazonasregenwaldes, Überschwemmungen von Küsten und Inseln, sowie die Versalzung und Desertifikation von Wüstenregionen mit fatalen Folgen nicht nur für die

Bevölkerung sondern für den gesamten Planeten zu erwarten (WBGU 2007). Für Deutschland und die EU sind zunehmende Klimarisiken von Bedeutung, insbesondere mit Blick auf die sich potenziell verschlechternde Sicherheitslage in stark vom Klimawandel betroffenen afrikanischen Staaten. Aber auch internationale Konflikte können außen- und sicherheitspolitisch für Deutschland relevant sein. So haben Klimaextreme zum Beispiel bei der Entstehung und Eskalation des Bürgerkriegs in Syrien eine Rolle gespielt. Eine dreijährige Dürreperiode, die vielen syrischen Bauern ihre Lebensgrundlage entzog, hat in Verbindung mit bereits schwelenden politischen Konflikten innerhalb eines repressiven Regimes zu Demonstrationen geführt, deren blutige Niederschlagung den Beginn des syrischen Bürgerkriegs markiert (Kelley et al. 2015).

Vor dem Hintergrund von durch den Klimawandel verursachten und durch ihn verstärkten humanitären Katastrophen, können sich sicherheitspolitische Gefahren entwickeln, die weit über die jeweilige Region hinausgehen. Insbesondere von Ländern, in denen bereits militärische Konflikte bestehen, organisierte Kriminalität in Räume begrenzter Staatlichkeit vordringt oder Extremismus wächst, kann eine Gefahr für die internationale Sicherheit ausgehen, die durch weitere klimabedingte Katastrophen verschärft werden. Die Herausforderung liegt darin, diese Gefahren einzudämmen und mögliche Risikofaktoren präventiv zu minimieren (Dröge 2020). Klimarisiken können aber auch in Deutschland und weiteren EU-Mitgliedsstaaten Krisen oder Katastrophen begünstigen. Hitzesommer fordern regelmäßig zahlreiche Tote, es kommt zu Ernteausschlägen und Waldbränden. Dies hat sowohl Implikationen für den Ausbau des Katastrophenmanagements und Bevölkerungsschutzes als auch für die Stärkung der kritischen Infrastruktur (Hahn et al. 2020).

Infolge der voranschreitenden Globalisierung entwickelt sich zunehmend eine gegenseitige Abhängigkeit von Staaten auf verschiedenen Seiten der Erde. Insofern ist die Sicherheitspolitik Deutschlands grundsätzlich umfassend und vernetzt zu denken. Der Wildtierhandel in China betrifft Berlin genauso wie Brüssel. Der deutsche Braunkohletagebau hat Konsequenzen für die Sahelzone und Bangladesch. Unsere Sicherheit hängt nicht nur von militärischen Kapazitäten anderer Länder ab, sondern auch von deren Emissionsminderungszielen. Wie der britische Außenminister William Hague bereits 2010 vor dem Council of Foreign Relations in New York sagte, ist der Klimawandel womöglich die „...größte außenpolitische Herausforderung des 21. Jahrhunderts“. Die Rolle der Diplomatie zur Überwindung dieser Herausforderung hebt er besonders hervor:

„Die zentralen Mittel der Außenpolitik sind ihre Netzwerke und die Fähigkeit, Menschen zusammenzubringen. [...] In einer vernetzten Welt schafft die Diplomatie Partnerschaften fernab von Regierungen. Nirgendwo sind diese Partnerschaften unerlässlicher als beim Thema Klima.“ (Germanwatch 2014)

Zu diesen Netzwerken zählen die Zivilgesellschaft genauso wie die Wissenschaft und die Privatwirtschaft. Aufgabe der Politik ist es, diese Akteur*innen an der Entwicklung von Lösungsansätzen und an der Krisenprävention zu beteiligen. Ein wichtiger sicherheitspolitischer Beitrag Deutschlands zur globalen Krisenprävention besteht darin, Emissionsminderung zu betreiben und andere Staaten dazu aufzufordern, diesbezüglich ihre Ambitionen zu erhöhen und darin, betroffene Regionen widerstandsfähiger zu machen (Bundesregierung 2017). Zur Umsetzung dieses Beitrags fehlen allerdings bisher konkrete Strategien (Vinke 2020).

4. Klimawandel als Krise

Klimaveränderungen werden zunehmend nicht nur von Expert*innen, sondern auch von Politiker*innen und von der breiteren Öffentlichkeit als Krise wahrgenommen und beschrieben. Hierin liegt ein hohes Potenzial, um die Umsetzung von Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fördern und zu vertiefen. Insbesondere um internationale Vereinbarungen wie das Pariser Klimaabkommen umzusetzen, das in hohem Maße auf die Mit- und Ausgestaltung der einzelnen Staaten angewiesen ist (*Pledge-and-Review-Approach*), ist zumindest auf der Ebene der politisch Verantwortlichen ein fortdauerndes Krisenbewusstsein erforderlich, damit nationale Emissionsziele auch erreicht werden (Savaresi 2019).

Krisen sind nicht zuletzt „Wahrnehmungsphänomene“ (Mergel 2012). Das Vorhandensein einer messbaren Bedrohung ist nicht ausreichend, um einen unmittelbaren politischen Handlungsdruck als spezifische Krisendynamik zu erzeugen. Eine breite öffentliche Wahrnehmung und die Benennung einer Bedrohung als Krise sind ebenso notwendig (Bösch et al. 2020: S. 5). Eine gemeinsame Wahrnehmung kann dazu führen, die Bedrohung zu priorisieren und politische Entscheidungen zu treffen. Diese Entscheidungen können besonders tiefgreifend sein und mit bisherigen Pfadabhängigkeiten brechen. Hierin liegen die besonderen Chancen einer Politik der Krise. Aber auch ihre Gefahren, wenn Krisenmanagement für die Durchsetzung von Politiken instrumentalisiert wird, die über das Ziel der Krisenbewältigung hinausgehen. Der Begriff Krise ist ein Aufmerksamkeitsverstärker, der eine Bedrohung nicht nur beschreibt, sondern auf eine Intervention zielt. Er impliziert eine Katastrophe, die eben noch nicht eingetreten ist und noch abgewendet werden kann und soll (Boin et al. 2018: S. 24). Krisenintervention ist aber nicht nur eine Frage technischer Lösungen, sondern hat immer auch eine politische Dimension (Hickmann et al. 2019). Sie hat vor dem Hintergrund sozialer und ökonomischer Asymmetrien zu erfolgen und muss unterschiedliche regionale und lokale Ansätze, mit Krisen umzugehen, berücksichtigen.

Krisen werden meist als plötzlich auftretende Bedrohungen beschrieben. Der Klimawandel als eine langfristige Bedrohung fügt sich in dieses Muster einer akuten Gefahr nicht unmittelbar ein. Allerdings werden in neueren Forschungen Phänomene schleichender Krisen (*creeping crisis*) konzeptualisiert. Es handelt sich um Bedrohungen, die insbesondere durch wissenschaftliche Expertisen bereits erkennbar sind, die aber nicht die angemessene politische und gesellschaftliche Aufmerksamkeit erfahren und denen daher noch nicht hinreichend begegnet wird (Boin et al. 2020). Ausgelöst durch massive Proteste von Schüler*innen und Student*innen, der Bewegungen *Fridays for Future* und *Extinction Rebellion*, denen sich zunehmend Teile der Zivilgesellschaft anschlossen, war zu beobachten, wie eine breitere öffentliche Krisenwahrnehmung den politischen Handlungsdruck in Deutschland (Bundes-Klimaschutzgesetz) und in Europa (Erklärung des Klimanotstands durch das EU-Parlament) erhöhte. Teilweise wurde dieser Trend durch die Covid-19-Pandemie gebremst, die ihrerseits als Krise die volle politische Aufmerksamkeit beanspruchte. In diesem Zusammenhang ist die Verschiebung der UN-Klimakonferenz in Glasgow im Jahr 2020 zwar nachvollziehbar, sie dokumentiert aber auch die aktuelle Priorisierung. Umso wichtiger ist es, die Aufmerksamkeit für den Klimawandel als langfristige Bedrohung zu bewahren.

Die Krisenerfahrung im Zuge der Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass die schlimmsten zu erwartenden Folgen durch schnelles und einschneidendes Handeln abgewendet werden können. Dass aber Frühwarnindikatoren im Herbst 2020 in Deutschland übersehen wurden, hat auch offenbart, wie schnell eine Lage wieder außer Kontrolle geraten kann. Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es auch in Phasen einer zwar nicht akuten, aber andauernden Bedrohung ist, das Vertrauen politischer Entscheidungsträger*innen für wissenschaftliche Expertisen zu erhalten. Der Schlüssel hierzu liegt in regelmäßigen Wissenschafts-Praxis-Dialogen sowie in einer wissenschaftlichen Krisenkommunikation, die auch in den latenten Krisenphasen über alternative Risikopfade und Lösungsmöglichkeiten aufklärt.

Letzteres adressiert über die politischen Entscheidungsträger*innen hinaus auch die Bevölkerung und die Zivilgesellschaft. Ihnen kommt in der Pandemiebekämpfung und ebenso natürlich in der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen eine entscheidende Bedeutung zu. Letztlich muss es auch das Ziel einer solchen Krisenkommunikation sein, eine skeptische und bisweilen auch leugnende Haltung gegenüber wissenschaftlichen Expertisen mitzudenken und sie abzubauen.

Die Maßnahmen des Krisenmanagements in der Pandemie – insbesondere solche, die in Grundfreiheiten eingreifen – sind schließlich zeitlich begrenzt und bedürfen zu Recht der fortlaufenden politischen und rechtlichen Überprüfung. Für die Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise aber kommt es gerade darauf an, langfristige Veränderungen einzuleiten, die von den Regierungen und den Bevölkerungen dauerhaft umgesetzt werden können. Eine Herausforderung hierfür ist nicht nur der politische Wille, sondern auch die global ungleich verteilten Ressourcen für das Krisenmanagement. Die Corona-Krise wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob aus dem Ausnahmezustand oder einem Klimanotstand heraus langfristige Maßnahmen nachhaltig entwickelt werden können. Vor diesem Hintergrund ist ein Verständnis der Klimakrise als *latente* Krise, die dauerhaft da ist und durch verschiedene – natürliche und gesellschaftliche – Auslöser immer wieder *akut* werden kann (wie in der Form klimabedingter Konflikte), ein geeigneter Ausgangspunkt für politisches Handeln. Bei einer *latenten* Krise handelt es sich um eine Krisenphase, in der dem Wissen von Expert*innen eine besondere Bedeutung zukommt, um für die Bedrohungen zu sensibilisieren. Dieses Expertenwissen muss aber auch gehört werden, um ein Umschlagen in *akute* Krisenphasen zu vermeiden (Brinks et al. 2017: S. 10). In der Phase der *latenten* Krise ist das Ziel, dieses Umschlagen in die akute Krise zu vermeiden und sich zugleich auf diesen Fall vorzubereiten.

Für das Feld der Klimasicherheitspolitik, wie auch im Fall der Pandemie geht es konkret darum, eine Krisenkommunikation zu entwickeln, die die Dauerhaftigkeit der Bedrohung berücksichtigt und Regierungen und Bevölkerungen nicht desensibilisiert. Der Leitfaden Krisenkommunikation des Bundesinnenministeriums ist auch für die Kommunikation der Klimakrise relevant (Bundesministerium des Innern 2014). In diesem Zusammenhang sollte der Klimawandel als Bedrohungsmultiplikator (*threat multiplier*) weiter erforscht, besser verstanden und vermittelt werden (Bernstein et al. 2019). Zugleich sollten Methoden entwickelt und gefördert werden, die ein Akutwerden klimabedingter Konflikte früher erkennen. Ein Umschlagen in eine *akute* Krise ist in lokalen Kontexten immer wieder zu erwarten (vgl. Länderbeispiel Afghanistan). In die Vorbereitung darauf sollten möglichst viele unterschiedliche Akteur*innen einbezogen werden. Nicht nur Regierungen oder im Fall der Sicherheitspolitik das Militär und die Polizei, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Es ist ein problematisches Merkmal *akuter* Krisen, dass sich in der Ausnahme-situation die Befugnisse der Exekutive erheblich erweitern. Die frühzeitige Vorbereitung auf *akute* Krisen ist ein Mittel, um den Kreis der Akteur*innen mit Handlungsoptionen zu erweitern und die Optionen des Krisenmanagements zu mehren. Gerade im Hinblick auf die Klimakrise sollte es daher eines der Hauptziele einer zivilen Krisenprävention sein, nicht nur traditionelle sicherheitspolitische Instrumente zu berücksichtigen, sondern ein breites zivilgesellschaftliches und nichtmilitärisches Spektrum von Maßnahmen (Benner et al. 2020).

5. Länderbeispiel: Klimafolgen und Sicherheit in Afghanistan



WARDUJ, AFGHANISTAN – 4. Juni 2010 – Ein Mann schöpft Wasser aus einem Brunnen über einem Gebirgsbach in Afghanistan. Von seinem Haus ist er fast sechs Kilometer gelaufen, um sauberes Wasser zu erhalten. © shutterstock / Maximum Exposure PR

Das komplexe Zusammenspiel von Klimafolgen und Sicherheitsrisiken wird an einem konkreten Beispiel besonders deutlich. Ein vier Jahrzehnte andauernder gewaltsamer Konflikt hat die Verwundbarkeit Afghanistans gegenüber dem Klimawandel signifikant erhöht. Obwohl Afghanistan kaum zum Klimawandel beigetragen hat, sind die Afghan*innen von den Auswirkungen der globalen Erwärmung unmittelbar und stark betroffen (Brown 2019). Im Klima-Risiko-Index 2020 steht Afghanistan auf Platz 24 der Liste der Länder, die am stärksten gefährdet sind (Eckstein et al. 2019). Als Schwerpunktland des deutschen zivilen und militärischen Krisenengagements und angesichts des andauernden Konfliktgeschehens mit multiplen internationalen Akteuren ist Afghanistan außen- und sicherheitspolitisch für Deutschland höchst relevant.

Situation und Trends

Ein Bericht zu Klimafolgen in Afghanistan, der im Jahr 2016 vom Umwelt- und Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen und von der afghanischen Umweltschutzagentur veröffentlicht wurde, zeigt detailliert auf, wie weitreichend die naturräumlichen Veränderungen in Afghanistan bereits sind. Die Forschung belegt, dass sich die Gletscher in der Region zurückziehen. Darüber hinaus gibt es Evidenz, dass in den vergangenen Jahren der Abfluss von Strömen wie dem Amu Darya bereits abgenommen hat. Bezüglich der zu erwartenden Dürreperioden sowie Überschwemmungen infolge von extremen Niederschlägen

und der Schnee- und Gletscherschmelze in Gebirgslagen werden zudem Veränderungen projiziert. Es wird erwartet, dass aufgrund der Gletscherentwicklung die Flüsse des Kabul- und des Amu-Darya-Beckens auf kurze und mittlere Sicht signifikant abnehmen werden. Dies birgt unweigerlich Risiken für die Lebensgrundlagen und die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung (UNEP 2016). Zudem ist die Land- und Weidewirtschaft stark von Niederschlägen abhängig und somit vulnerabel gegenüber Dürren. Besonders betroffen sind sesshafte Bauern und nomadische Viehhirten, die der Transhumanz nachgehen, wie zum Beispiel die Volksgruppe der Kuchis. Bewässerungssysteme sind abhängig von Schneeschmelzwasser im Frühling und Sommer. Fällt der Schneefall im Winter zu gering aus, wirkt sich das negativ auf den Zugang zu Frischwasser und dessen Nutzung im Frühjahr und Sommer aus. Sollten sich die bereits zu verzeichnenden Dürretrends fortsetzen, werden arbeitsbedingte Migration sowie Nahrungsunsicherheit zunehmen.

2019 veröffentlichte zudem die Denkfabrik adelphi einen Risikobrief (Brown 2019), der im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels auf Afghanistan Fakten und Trends beleuchtete. Dieser Analyse zufolge sind fünf Trends besonders besorgniserregend:

- I. Klimaveränderungen erhöhen das Armutsrisiko und die Arbeitslosigkeit. Größere Armut und Mangel an Wasser- und Ernährungssicherheit potenzieren die Unzufriedenheit mit der Regierungsführung. Diese Frustration wiederum führt zu Instabilitäten und erleichtert die Nachwuchsrekrutierung von bewaffneten Gruppen (Brown 2019). Interne gewaltsam ausgetragene Konflikte erhöhen die Anzahl an Vertreibungen und arbeitsbedingter Migration, die wiederum den Prozess der Urbanisierung beschleunigen (Brown 2019). Interne Vertreibungen und beschleunigte Urbanisierungsprozesse führen ihrerseits oft zu Spaltungen und Diskriminierung gegenüber den marginalisierten Vertriebenen. Städte in Afghanistan sind gegenwärtig nicht auf das starke Wachstum vorbereitet. Die Stadtbevölkerung leidet unter mangelnder Infrastruktur, schlechter Stadtplanung, steigender Kriminalität und unzureichenden Hygienemaßnahmen (Brown 2019). Bei dem erhofften Eintreten einer Waffenruhe könnte die bevorstehende Anzahl an Rückkehrer*innen aus Iran, Pakistan und der ganzen Welt die begrenzten Bedingungen noch weiter belasten und überstrapazieren.
- II. Dürreperioden könnten die Drogenwirtschaft antreiben, da zum Beispiel der Anbau von Getreide deutlich mehr Wasser benötigt als der Anbau von Mohnpflanzen (Brown 2019). So konnte ein direkter Zusammenhang zwischen Dürre und dem Anstieg von Mohnanbau nachgewiesen werden (Mansfield 2020). Der illegale Opiumhandel und die damit einhergehende Kriminalität sind weitere Faktoren, die die Destabilisierung des Landes provozieren und vorantreiben.
- III. Der Mangel an Wasser und knappes Ackerland könnten auf kommunaler Ebene Konflikte zwischen ethnischen Gruppen verschärfen. Hinzu kommen Konflikte um die begrenzten natürlichen Ressourcen des Landes, die immer öfter gewaltsam ausgetragen werden. Eine UN-Umfrage besagt, dass 12 % der afghanischen Bevölkerung Angriffe von Kämpfern erlebt und 41 % der Afghan*innen unter Landstreitigkeiten leiden (UN 2014). Eine weitere Studie belegt, dass es in den traditionellen Systemen der Streitbeilegung bei 93 % aller Streitigkeiten um Land- und Wasserkonflikte geht (UN 2014).
- IV. Internationales Konkurrenzverhalten und Interessenskonflikte an grenzüberschreitenden Wasserressourcen könnten die aktuellen Friedensbemühungen noch weiter erschweren (Brown 2019). Auch Nachbarländer wie Pakistan, Iran, Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan nutzen die Wasserquellen in Afghanistan. Insbesondere für flussabwärts liegende Länder, wie Usbekistan und Turkmenistan,

deren Wirtschaft stark von wasserintensiven Pflanzen wie Baumwolle abhängig ist, kann dies problematisch werden. Immer wieder kommt es aufgrund der strategisch wichtigen Lage Afghanistans zu geopolitischen Auseinandersetzungen (Janusz-Pawletta et al. 2016). Seit Jahrzehnten beeinflusst die Konfliktsituation in Afghanistan die gesamte Region (Brown 2019). Insofern profitieren die Nachbarländer von einem geschwächten Afghanistan, das so die eigenen Ressourcen nicht ausreichend schützen kann (Shroder & Ahmadzai 2016).

- V. Mehr und mehr Länder haben sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden. In Afghanistan gibt es viele Mineralien, die für erneuerbare Energietechnologien nützlich sind und in Zukunft von großem Interesse sein werden. So verfügt Afghanistan zum Beispiel über Lithium, das eine Schlüsselrolle in der globalen Energiewende spielen wird (Brown 2019). Falls diese Mineralien zum Auslöser für politische Spannungen werden, könnte sich diese Chance in ein Risiko verwandeln.

Zu diesen genannten besorgniserregenden Trends kommt hinzu, dass es zu wenige Wetterstationen gibt, die für die Entwicklung von Klimaprojektionen langfristig belastbare Daten liefern. Außerdem gibt es keine ausreichenden nationalen Forschungskapazitäten, um Klimarisiken erfassen und Frühwarnmechanismen etablieren zu können.

Konfliktbezogene Folgen der identifizierten Trends

Der Klimawandel in Afghanistan ist keinesfalls ein Problem der fernen Zukunft. Bereits jetzt verändert sich das Klima in Afghanistan schneller als im globalen Durchschnitt. Seit 1950 ist die mittlere Jahrestemperatur um 1,8 °C angestiegen (NEPA 2017). Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer Reihe von kritischen Rahmenbedingungen sind die Auswirkungen dieses Anstiegs bemerkenswert. Zu nennen sind insbesondere:

- Abhängigkeit von Landwirtschaft und natürlichen Ressourcen: Afghanistan ist ein überwiegend ländlich geprägtes Land. Mehr als 80 % der Bevölkerung sind zur Deckung des täglichen Bedarfs direkt von den natürlichen Ressourcen abhängig. Landwirtschaftliche Aktivitäten machen etwa 44 % der Lohnarbeit sowie der selbstständigen Arbeit in Afghanistan aus. Die für den landwirtschaftlichen Anbau geeignete Fläche ist seit 1978 um circa 60 % geschrumpft. Aktuell wird die Nutzungsfläche in Afghanistan auf 12 % geschätzt (UNDP Afghanistan 2018).
- Anhaltendes Konfliktgeschehen und Kontrolle großer Territorien durch Taliban und regionale Warlords: Der seit vielen Jahren anhaltende bewaffnete und politische Konflikt hat wichtige Teile der Verkehrsinfrastruktur, der Wasser- und Energieanlagen Afghanistans beschädigt oder sogar zerstört (UN 2013).
- Entwaldung: Afghanistan war in der Vergangenheit zu großen Teilen von offenem und geschlossenem Wald bedeckt. Durch jahrzehntelange Entwaldung und Überernte verringerten sich die Waldflächen und Wälder auf dramatische Weise und machen aktuell weniger als 2 % der Gesamtfläche aus (NEPA 2017).
- Urbanisierung: Die Städte wachsen aktuell um rund 200.000 Anwohner pro Jahr (UN 2014).
- Dürreperioden: In der Vergangenheit hatte Afghanistan alle sieben Jahre mit Dürre zu kämpfen. Heute treten Dürren in Abständen von drei bis vier Jahren auf (NEPA 2017).

Klima- und Umweltrisiken in Afghanistan

Afghanistan wird seit Langem von verschiedenen hydrologischen Extremereignissen und anderen Naturgefahren heimgesucht. Folgende sind am signifikantesten für das Land: Extremniederschläge und Sturzfluten; Erdbeben; Erdrutsche, teils hervorgerufen durch zunehmende Gletscherschmelze in der Hindukusch-Himalaya-Region (*High Asia*); Lawinen; extreme Temperaturen; Dürren (einschließlich der damit verbundenen Dynamik von Wüstenbildung und Landdegradierung) und zunehmende Evapotranspiration infolge erhöhter Temperaturen (Afghanistan Resilience Consortium, 2017). Weil auf diesem Weg mehr Wasser innerhalb des Wasserkreislaufs gebunden wird, verringert sich so zusätzlich der Frischwasserzugang. Weitere akute oder drohende Umweltrisiken sind die Gletscherschmelze, insbesondere im Pamir-Gebirge und in Badakhshan und daraus resultierend eine mögliche Frischwasserknappeit sowie Erdrutsche (Ruttig 2014).



Schneebedeckte Gipfel der Hindukuschberge an der Grenze zwischen Afghanistan und Tadschikistan.
© shutterstock / Valerii_M

Von diesen Naturgefahren sind jährlich etwa 250.000 Menschen direkt betroffen. Während Erdbeben geophysikalische Ereignisse sind, werden die anderen Naturgefahren vom Klimawandel potenziert. Das mangelhafte Katastrophenmanagement auf Ebene der Zentralregierung führt dazu, dass die regionalen Landesbehörden keine proaktiven Vorsorgemaßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel ergreifen. Hinzu kommt, dass der andauernde bewaffnete Konflikt, der für die Bevölkerung im Allgemeinen zu einer hohen Unsicherheit führt, und die mangelnde Regierungskontrolle über die Regionalpolitik in weiten Teilen der Gebiete dazu beitragen, dass der Handlungsspielraum für die Klimapolitik schrumpft.

Kurz- und langfristige Auswirkungen und erschwerende Faktoren

Kurzfristig haben Klimafolgen „...das Potenzial, Wirtschaft, Stabilität und Ernährungssicherheit des Landes zu unterminieren“ (NEPA & UNEP 2015). Weitere Auswirkungen sind eine zunehmende Ernährungsunsicherheit, die interne Vertreibung von Afghan*innen und eine erhöhte Instabilität, die durch den anhaltenden bewaffneten Konflikt verstärkt wird. Längerfristig können sich die strukturellen Existenzgrundlagen weiter verschlechtern. Prosperieren werden Schwarzmärkte und Kriminalität, die schnelle und einfache Erträge versprechen, während der Zugang zu frischem Wasser in großen Ballungsräumen schwieriger wird und die Land-Stadt-Migration weiter zunimmt. Es gibt eine Reihe erschwerender Faktoren, die die negativen Auswirkungen des Klimawandels verschärfen werden. Dazu zählen ein verstärkter Wettbewerb um Ressourcen, Misswirtschaft im Umweltbereich, Korruption, die hohe Abhängigkeit von der Landwirtschaft und die weitverbreitete Armut. Frauen sind hiervon besonders betroffen. 85% der Afghaninnen im erwerbstätigen Alter sind entweder unterbeschäftigt oder nach offiziellen Angaben arbeitslos. Die meisten dieser Frauen führen im familiären Kontext unentgeltliche Aufgaben aus. Mehr als die Hälfte der arbeitssuchenden Frauen findet keine Vollbeschäftigung. Insbesondere den bereits marginalisierten Frauen raubt der Klimawandel zunehmend die Lebensgrundlage. Für erwerbstätige Frauen steigt die Unsicherheit insbesondere in den traditionelleren ländlichen Regionen, die besonders von der Landwirtschaft abhängig sind und in denen die Berufstätigkeit von Frauen gesellschaftlich weniger akzeptiert wird (WFP et al. 2016).



Januar 2018 - Ein Vater wartet mit seinen Kindern auf Hilfe in einem Flüchtlingslager. © shutterstock / Amors photos

Die Anpassung an den Klimawandel ist besonders in Ländern wie Afghanistan, die über knappe Ressourcen und Kapazitäten verfügen, eine Herausforderung. Vor dem Hintergrund von bewaffneten Konflikten und Spaltungen zwischen ethnischen, religiösen und sozialen Gemeinschaften sind politische Antworten auf Klimafolgen umso anspruchsvoller zu finden. Am 12. September 2020 haben in Doha, Katar, offizielle Friedensgespräche zwischen den Taliban und der Regierung Afghanistans begonnen. Der innerafghanische Friedensprozess ist von Hoffnungen und Rückschlägen gezeichnet. Beide Seiten trafen zum ersten Mal aufeinander, um tiefliegende und langjährige Missstände zu beklagen und aufzuarbeiten. Der langanhaltende Krieg hat das Vertrauen der Parteien ineinander massiv untergraben, und es mangelt an Gemeinsamkeiten, aufgrund derer Vertrauen entwickelt werden könnte. Beide Parteien sowie deren Unterstütz*innen leiden jedoch gleichermaßen unter den Naturkatastrophen, an Nahrungsmittel- und Wasserknappheit, interner Vertreibung und Destabilisierung. Folglich müssen Klimaschutz und Anpassung auf der Agenda für die afghanischen Friedensverhandlungen stehen. Die verhandelnden afghanischen Parteien sollten bei der Beratung von relevanten Verhandlungspunkten die Erkenntnisse von Fachexpert*innen zu den Auswirkungen des Klimawandels und zum Ressourcenmanagement berücksichtigen und die entsprechende Expertise bei diesen auch direkt abfragen.

Unterstützt von der internationalen Gemeinschaft sollte das Momentum und das aktuelle Interesse internationaler und regionaler Akteur*innen an den Friedensverhandlungen genutzt werden, um die Klimafragen zu behandeln. Da hier eine gemeinsame Interessenslage besteht, sollte die Zusammenarbeit in Umweltfragen zudem als vertrauensbildende Maßnahme genutzt werden (Brown 2019). Weil der Klimawandel die Parteien gleichermaßen bedroht, könnte dies als Gemeinsamkeit fungieren, die einen kreativen, gemeinsam erarbeiteten Lösungsansatz ermöglicht. Deutschland kommt als geachteter und vertrauter Partner in der Region hier eine besondere Rolle zu. Die deutsche internationale Zusammenarbeit kann etwa durch Anreize über die Förderung von Anpassungsprojekten einen wichtigen Beitrag zum *Environmental Peacebuilding*-Prozess leisten.

6. Mapping des deutschen Akteursfelds

Klimawandel und Sicherheit bilden ein Querschnittsthema, das viele Berührungspunkte mit der Arbeit in unterschiedlichen Bundesministerien und nachgeordneten Behörden, mit Ausschüssen des Bundestages, mit Forschungseinrichtungen und Thinktanks liefert. Im Folgenden wird dargestellt, welche Institutionen sich in Deutschland mit Klimasicherheit aus wissenschaftlicher und politischer Sicht befassen.

a. Deutsche Forschungseinrichtungen und Thinktanks

Organisation	Projekt(e)/Abteilung	Internetpräsenz
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)	Forschungsgruppen „Globale Fragen“, „Sicherheitspolitik“	https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/klimapolitik/klimawandel-als-sicherheitsproblem/
Leibniz-Institut Hessische Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)	Leibniz-Forschungsverbund Krisen einer Globalisierten Welt	https://www.leibniz-krisen.de/
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)	EPICC, Climsec Sahel, Green Central Asia, Foresight Assessment	https://www.pik-potsdam.de/
Universität Hamburg	CLISEC	https://www.clisec.uni-hamburg.de/
	Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik	https://www.ifsh.de/personen/schroeder
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA)	Institut für Afrika-Studien	https://www.giga-hamburg.de/de/team/soest
Universität Koblenz Landau	Friedensakademie Rheinland Pfalz	https://www.uni-koblenz-landau.de/de/friedensakademie/forschung/umwelt-und-ressourcenkonflikte
adelphi	Klima und Sicherheit	https://www.adelphi.de/de/themen/klima/klima-und-sicherheit
E3G	Geopolitics, Diplomacy and Security	https://www.e3g.org/
Bonn International Center for Conversion (BICC, Bonn); Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (ISFH, Hamburg); Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK, Frankfurt a.M.); Institut für Entwicklung und Frieden (INEF, Duisburg)	Friedensgutachten „Friedenspolitik in Zeiten des Klimawandels“	https://friedensgutachten.de/2020
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)	Gutachten Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel	https://www.wbgu.de/

b) Bundesministerien, nachgeordnete Behörden, Ausschüsse des Bundestages

Politischer Akteur/Ministerium	Abteilung/Referat	Zusätzliche Informationen
Auswärtiges Amt (AA)	Referat 404: Klima- und Umwelt-Außenpolitik Außerdem: Abteilung S (Krisenprävention, Stabilisierung, Konflikt-nachsorge und Humanitäre Hilfe)	Federführung in der Bundes-regierung für Klima und Sicher-heit. Förderung und Begleitung von Projekten zu Klima & Sicher-heit, Berliner Zentrum für Inter-nationale Friedenseinsätze (ZIF)
Bundesministerium der Ver-teidigung (BMVg)	Abteilung Politik	Im Geschäftsbereich BMVg ins-besondere Führungsakademie der Bundeswehr, GIDS und Metis Institut für Strategie und Vorausschau
Bundesministerium für wirtschaft-liche Zusammenarbeit und Ent-wicklung (BMZ)	Referat 420: Klimapolitik; Referat 220: Grundsatzfragen Flucht und Migration; Referat 223: Frieden und Sicher-heit, Katastrophenrisiko-management	+Fachkommission Fluchtursachen (angesiedelt bei Staatssekretär Martin Jäger), Durchführungs-organisationen (Deutsche Gesell-schaft für Internationale Zu-sammenarbeit (GIZ), Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Ziviler Friedensdienst (ZFD)
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)	Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz	
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicher-heit (BMU)	Referat IK I 5: Osteuropa, Zentral-asien, Afrika, Mittlerer Osten; Referat IK I 6: Internationale Klimaschutzinitiative	
Umweltbundesamt (UBA)	Fachgebiet V 1.1: Klimaschutz; Referat PB 3: Internationale Be-ziehungen	
Bundesakademie für Sicherheits-politik (BAKS)	Arbeitspapier Klimawandel und Sicherheitspolitik	
Bundesamt für Bevölkerungs-schutz und Katastrophenhilfe (BBK)	Arbeitsbereiche: Kritische Infra-struktur, Nationale Kontaktstelle des Sendai Rahmenwerks, Zivil-Militärische Zusammenarbeit, Krisen- und Risikomanagement	
Deutscher Bundestag	Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses: Zivile Krisenprä-vention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln Ausschuss für wirtschaftliche Zu-sammenarbeit und Entwicklung Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages	

7. Klimasicherheit als Thema für Deutschland in der EU und in weiteren Foren

Die deutsche Außenpolitik widmet sich durch den Klimawandel entstehenden sicherheitspolitischen Fragen vor allem im Rahmen der Klimadiplomatie (Auswärtiges Amt 2019). Der Umgang mit den Risiken des Klimawandels ist dabei in die Unterstützung Deutschlands (und der EU) für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens eingebettet, vor allem, um der historischen Verantwortung für den Klimawandel gerecht zu werden. Die Klimaschutzpolitik und die entsprechenden internationalen Verhandlungen werden maßgeblich vom BMU und dem BMZ vorangetrieben. Das BMZ verwaltet die deutschen Beiträge zum internationalen Klimaschutz (*climate finance*). Deutschland tritt international mit weiteren Ressorts in Erscheinung, so beispielsweise zur Energiepolitik mit dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi). Die Bundesregierung hatte sich 2011 im Kontext ihres nichtständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrats (siehe Abschnitt 8) auch in der EU dafür eingesetzt, die aus dem Klimawandel drohenden Sicherheitsfolgen stärker zu beachten. In der Folge entstand zudem eine G7-Initiative (vgl. den Bericht „*A New Climate for Peace*“, Rüttinger, 2015), die bis zur Amtsübernahme des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump breit unterstützt wurde. Im Zuge des Bewerbungsverfahrens für einen Sitz im UN-Sicherheitsrat (siehe auch unten, Abschnitt 8) erneuerte Deutschland 2018 die Zusammenarbeit mit vom Klimawandel besonders betroffenen (Insel-)Staaten.

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) hat im November 2020 dem Europäischen Rat eine *Climate Change and Defence Roadmap* (EEAS 2020) vorgelegt. Zu dieser Roadmap hatte der Rat im Juni den EU-Außenbeauftragten, die EU-Kommission und die Europäische Verteidigungsagentur aufgefordert. Die Roadmap enthält eine Reihe von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen: Der Klimawandel soll in den EU-Verteidigungsagenden, inklusive der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP), berücksichtigt werden. Wo der Klimawandel direkte Folgen für militärische Überlegungen haben könnte, sollte die GASP entsprechende Maßnahmen anstreben. Unter anderem soll das Verständnis der Klimafolgen für Sicherheitsfragen und für die Ausführung von Missionen gesteigert werden. Außerdem soll überprüft werden, wie die operationalen Infrastrukturen effektiv und nachhaltig angepasst werden könnten. Der ökologische Fußabdruck der EU-Verteidigungsmaßnahmen soll zudem verringert werden, wovon man sich auch Effizienzgewinne verspricht. Die Roadmap soll insgesamt dazu beitragen, die EU in dieser Frage international stärker aufzustellen und die Kooperation in den G7 und G20, UN, NATO und African Union voranzutreiben. Auch im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz wurde das Thema bereits diskutiert (vgl. Munich Security Conference 2020).

Um die Umwelt- und Klimaagenda voranzubringen, hatte sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, während ihrer EU-Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 2020 die Verhandlungen über das 8. Umweltaktionsprogramm der EU zu beginnen, das Prioritäten und Strategien ab 2021 festlegt. Der Vorschlag der Kommission dazu wurde im Oktober 2020 beim Umweltministerrat verhandelt und liegt dem Europäischen Parlament vor. Das Klimaziel 2030 und die Klimaneutralität 2050 zu erreichen sowie die Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels anzupassen und zu stärken, gehört zu den sechs zentralen Zielen des Programms (Deutscher Naturschutzring 2020). Das 7. EU-Umweltprogramm (gültig von 2014–2020) legte den Schwerpunkt auf die Ressourcenschonung und auf Strategien zur Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft und des CO₂-Emissionshandels. Es ist vor dem Hintergrund der erschwerten Rahmenbedingungen der EU-Ratspräsidentschaft durch die Covid-19-Pandemie zu begrüßen, dass das Emissionsminderungsziel auf 55% Reduktionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 erhöht wurde. Gleichzeitig liegt es im deutschen Interesse, insbesondere ambitionierte Ziele sowohl national als auch auf EU-Ebene für die nahe Zukunft zu setzen, also in den kommenden zwei bis fünf Jahren. Mit der neuen, geopolitisch ausgerichteten EU-Kommission könnte es möglich werden, dass die Klimafolgen nicht mehr allein über die EU-Entwicklungszusammenarbeit auf der einen und über Verhandlungen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) auf der anderen Seite bearbeitet

werden. Sinnvoll wäre eine stärkere Verknüpfung der *Climate Change and Defence Roadmap* mit den *Sustainable Development Goals*, der Agenda des *Green Deals* und mit einer strategischen EU-Perspektive in einer multipolaren Welt.



Katoomba, New South Wales / Australien – 1. Dezember 2019: Die australische Feuerwehr versucht mit einem Hubschrauber die großen Brände zu löschen. . © shutterstock / Jason Benz Bennee

Schließlich ist auch im Kontext des NATO-Reformprozesses ein Impuls für das Feld Klima und Sicherheit zu erwarten. Unter anderem weist der im Dezember 2020 erschienene Expert*innenbericht den Klimawandel als eines der Sicherheitsrisiken aus, die von einer zukunftsfähigen NATO berücksichtigt werden müssen (NATO 2020). Es stellt sich insbesondere die Frage, welche Anpassungsmaßnahmen die NATO in den kommenden Jahren treffen muss, um trotz der Folgen des Klimawandels effektiv handlungsfähig zu bleiben (NATO 2020). NATO-Missionen sollten zudem CO₂-neutral werden, damit sie das Klima und die Umwelt möglichst geringfügig belasten. Als NATO-Mitglied sollte Deutschland sich dafür einsetzen, dass sich die NATO ausgiebiger mit ihrer Rolle in Bezug auf globale sicherheitspolitische Folgen des Klimawandels befasst.

Sicherheitspolitisch und entwicklungspolitisch ist der Klimawandel auch für die OSZE von Bedeutung. Dies gilt insbesondere, da einige der Schwerpunktregionen von den Folgen des Klimawandels maßgeblich betroffen sind. Ein Projekt widmet sich den sicherheitspolitischen Risiken infolge des Klimawandels in Südosteuropa. Aber bisher gibt es nur wenige wissenschaftliche Arbeiten zur Klimasicherheit in der Region (OSZE 2020).

8. Klimasicherheit als Thema für Deutschland im UN-Sicherheitsrat

Für die zweijährige, nichtständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (2019–2020) hatte sich die deutsche Bundesregierung die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels als Priorität gesetzt (Auswärtiges Amt 2019). Dabei galt es für Deutschland unter anderem, der Rolle als klimapolitischer Vorreiter gerecht zu werden, und insbesondere auch das traditionelle Sicherheitsverständnis zu erweitern und die verschiedenen Dimensionen menschlicher Sicherheit mit einzubeziehen (Dröge 2018). Dazu zählen unter anderem Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, Gesundheit und Migration; Themen, die vom engeren Verständnis des traditionellen Sicherheitsbegriffs der Vereinten Nationen nicht erfasst werden. Die Klimawandelfolgen berühren jedoch vor allem die menschliche Sicherheit (siehe Abschnitt 2 oben). Seit dem *New Dimensions of Human Security*-Bericht des UN-Entwicklungsprogramms von 1994 hat dieser Sicherheitsbegriff Eingang in die internationale Politik gefunden (Dröge 2020). Mit ihm wurden die Entwicklungszusammenarbeit sowie die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 als Politikfelder ins Zentrum gerückt.

Seit 2007 hat der UN-Sicherheitsrat regelmäßig Hinweise auf die Folgen des Klimawandels in seine Dokumente aufgenommen. Debatten zum Thema führt der Sicherheitsrat seit fünf Jahren in Folge. So werden in den Dokumenten der Bedarf für Risikobewertung und Bearbeitungsstrategien mit Blick auf destabilisierende Folgen für den Tschadsee, Mali, Somalia, Zentral- und Westafrika sowie für den Sahel und den Sudan. Diese schriftliche Verankerung ist ein wichtiger Schritt, um dem Thema in den Beratungen des Gremiums einen dauerhaften Platz zu verschaffen. Um konkreter zu werden, könnte der Sicherheitsrat künftig dafür sorgen, dass Missionen mit entsprechender Expertise ausgestattet werden, die bei UN-Einsätzen darauf achtet, die klimabedingten Risiken bei der Friedens- und Wiederaufbauarbeit zu mindern. Als Teil seines Engagements als Mitglied im Sicherheitsrat 2019/2020 finanziert Deutschland einen Experten, der das UN-Länderteam in Somalia (UNSOM) zu den Klima-Sicherheitsrisiken berät. Außerdem wurde eine Studie zu den Risiken am Horn von Afrika finanziert, die durch den Klimawandel bedingt sind (Auswärtiges Amt 2020). Eine Debatte im UN-Sicherheitsrat, die der deutsche Außenminister am 24. Juli 2020 leitete, endete mit drei konkreten Vorschlägen. Ersterer bezog sich darauf, das Wissen zu erweitern: zehn Mitglieder des Sicherheitsrats unterstützten den Prozess im Sicherheitsrat, indem sie eine informelle Expert*innengruppe einsetzten, die das Wissen über sicherheitspolitisch relevante Folgen des Klimawandels weiter vertiefen soll. Zweitens sollte ein*e Sonderbeauftragte*r für Klima und Sicherheit etabliert werden. Auf Dauer könnte die bessere operationale Ausstattung des Sicherheitsrats über eine*n Sonderbeauftragte*n ermöglicht werden. Der dritte Vorschlag betraf den Aufbau von Fortbildungen und Trainings sowie die Ausstattung von Missionen in Bezug auf Klimarisiken. Bisher aber ergaben sich daraus keine Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats. Daher sollte die Bundesregierung diese drei Vorschläge innerhalb und außerhalb des Sicherheitsrats vorantreiben, unter anderem mit weiteren engagierten Partnern, die einen Sitz im UN-Sicherheitsrat haben oder anstreben.

Wie geht es nun weiter? Trotz der regelmäßigen Debatten bleibt es schwierig, alle Sicherheitsratsmitglieder hinter dem Anliegen zu versammeln. Prävention gilt nicht als Aufgabe des Sicherheitsrats. Folglich müsste einerseits Einigkeit darüber hergestellt werden, dass der Sicherheitsrat einen erweiterten Sicherheitsbegriff verwenden will. Dieser kann aus dem Konzept der *Human Security* abgeleitet werden, das die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt des Handelns stellt. Seit den 1990er Jahren hat dieses Konzept Eingang in die konzeptionellen Überlegungen zum Sicherheitsbegriff gehalten. Andererseits gibt es im Sicherheitsrat und in der UN-Generalversammlung Regierungen, die eine Versicherheitlichung der Klimapolitik befürchten. Konkret befürchten sie, dass mit sicherheitspolitischen Mitteln klimapolitische Ziele erreicht werden sollen oder aber unter dem Deckmantel der Prävention von Klimarisiken Eingriffe in ihre Souveränität erfolgen

könnten. Hinzu kommt, dass sich die P5 (USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich) seit 2012 immer weiter in ihren sicherheitspolitischen Interessen voneinander entfernt haben. Somit steht die Berücksichtigung von Klimathemen im UN-Sicherheitsrat weiterhin vor großen Herausforderungen.



Kurz nach Amtsbeginn unterzeichnete US-Präsident Joe Biden den Wiedereintritt der USA in das Pariser Klimaabkommen. © picture alliance / Newscom / Doug Mills

Immerhin steht zu erwarten, dass die neue US-Regierung eine entscheidende Rolle dabei spielen wird, ob und wie kommende Debatten verlaufen werden. Das US-Engagement für die Klimapolitik wird wieder steigen und die aus dem Pentagon und den US-Thinktanks lancierten Analysen dürften wieder an Gewicht gewinnen (u.a. *Responsibility to Prepare*, Werrel und Femia 2019). Wenngleich auch unter US-Präsident Joe Biden innenpolitische Hürden in den USA erhalten bleiben, die auch in der Vergangenheit eine engagiertere Klimapolitik behinderten, könnte über die G7 und G20 erneut Schwung in die Befassung mit den sicherheitspolitischen Folgen aus dem Klimawandel kommen. Beide Foren waren in ihren Wirkungsmöglichkeiten durch die Trump-Präsidentschaft beeinträchtigt. Es ist zu erwarten, dass Gipfelerklärungen zum Klimawandel, die mit konkreten Handlungszielen verbunden sind, künftig wieder im Konsens beschlossen werden können. Insbesondere die G20 verfügen über Potenzial, viele der Fragen auf die politische Agenda zu setzen, die indirekt mit lokalem Konfliktgeschehen in Verbindung stehen (Ressourcenknappheit, Ernährungssicherheit, Migration, etc.). Gleichzeitig sind G20- und G7-Abschlussserklärungen formal nicht bindend. So wurden beispielsweise zuvor vereinbarte Ziele, wie die Abschaffung von Subventionen fossiler Energien bisher nicht erreicht.

9. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Klimasicherheit ist ein Thema, das im Hinblick auf Deutschlands Rolle als mittelgroße Macht besonders dafür geeignet ist, strategische Interessen mit eigenen Handlungsmöglichkeiten zu verbinden. Zunehmende Klimafolgen in der Nachbarschaft und auch innerhalb Europas werden erhöhte Risiken für Stabilität und Frieden nach sich ziehen. Diese können nur durch präventives und multilaterales Handeln beherrschbar bleiben. Aufgrund der weltweit zahlreichen Verfehlungen und Verschiebungen im Klimaschutz während der vergangenen dreißig Jahre werden die nächsten zehn Jahre für die Erhaltung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen entscheidend sein – ein Wettlauf mit der Zeit. Auch wenn inzwischen eine rasche Kehrtwende bei den Emissionen realistisch erscheint, wird es in naher Zukunft durch die weiterhin steigende CO₂-Konzentration in der Atmosphäre und durch die Trägheit des Erdsystems zu einer weiteren Zunahme von Klimafolgen kommen. Eingedämmt werden können die daraus entstehenden sicherheitspolitischen Risiken nur durch kohärente entwicklungs-, außen-, handels- und verteidigungspolitische Maßnahmen. Deutschland hat die Bedeutung des Themas erkannt und begonnen, sich zu engagieren, so zum Beispiel im UN-Sicherheitsrat. Angesichts der wachsenden Herausforderungen müssen jedoch deutlich mehr Kapazitäten und Strukturen geschaffen werden, um bei der Umsetzung erfolgreich und glaubwürdig zu sein.

Die Relevanz des Themas für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik erfordert ein vertieftes Engagement der Bundesregierung, um Krisen vorzubeugen, Sicherheitsgefahren zu bewältigen oder sie abzuwehren und um bereits entstandene Schäden einzudämmen.

Vor diesem Hintergrund geben wir die folgenden Handlungsempfehlungen:

- In der zweiten Phase der Umsetzung der Leitlinien der Bundesregierung „*Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern*“ sollte das Thema Klima und menschliche Sicherheit weiter mit konkreten und ambitionierten Selbstverpflichtungen unterlegt werden (anknüpfend an Bundesregierung 2017, S. 102 f).
- Mögliche Selbstverpflichtungen könnten folgende Aspekte umfassen: Trainingsprogramme in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe zum Thema *Environmental Peacebuilding* und die Weiterentwicklung der umweltbasierten Mediation; die Schaffung eines Lehrstuhls zu Klimawandel und Sicherheit und eine gestärkte Aus- und Weiterbildung der deutschen Streitkräfte über den Zusammenhang zwischen Klimafolgen und Konflikten.
- Um einen regelmäßigen thematischen Austausch zwischen den Ministerien, dem bestehenden Ressortkreis Krisenprävention und der Arbeitsgruppe Krisenfrüherkennung zu fördern und die interministerielle Kohärenz zu erhöhen, sollte ein Ressortkreis zum Thema Klimawandel und Sicherheit etabliert werden.
- Das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland im Bereich Klimawandel und Sicherheit sollte systematisch erfasst werden, um eine bessere Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Gruppen untereinander zu ermöglichen und die Reichweite der Einzelorganisationen zu potenzieren.
- Zur Beratung des Ressortkreises, der deutschen Botschaften in Krisenländern und bei Bedarf der jeweiligen nationalen Regierungen für den Ad-hoc-Umgang mit akuten Gewaltrisiken, die durch Klimafolgen entstehen, sollte ein nationaler, interdisziplinär und international besetzter Expert*innenpool gebildet werden. Über diesen Pool könnten länderbezogene Expertisen hinzugezogen und für das Krisenmanagement der Bundesregierung bereitgestellt werden.

- Die Bundesregierung sollte sich innerhalb der EU dafür einsetzen, den präventiven Charakter von wirtschaftlicher und von Entwicklungszusammenarbeit, von Klimaschutz und von politischer sowie von diplomatischer Zusammenarbeit für die Verminderung sicherheitspolitisch relevanter Klimarisiken in den Blick zu nehmen. Dabei müsste eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit einbezogen werden. Zudem sollte die Rolle des EAD konkretisiert werden. Zu prüfen wäre eine Anlehnung an die Agenda des NATO-2030-Berichts.
- Die Bereitstellung von personeller und technischer Kapazität sowie ggf. von weiteren Ressourcen zur Analyse und für Projektionen von Klimafolgen in Entwicklungsländern auf nationaler Ebene sowie für die Klimafolgenabschätzung in Ländern mit hoher geografischer Exposition.
- Bemühungen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen um bessere Krisenfrühwarnsysteme und Information über Klimarisiken sollten stärker verschränkt werden mit internationaler Klimaforschung (wie beispielsweise dem IPCC). Dabei sollte insbesondere die Klimakrise als langfristige Herausforderung in den Blick genommen werden sowie das frühzeitige Erkennen von natürlichen und gesellschaftlichen Ursachen, die zu Konflikten und humanitären Krisen führen.
- Des Weiteren sollten die Themen Klimawandel und Geschlecht zusammengedacht werden. Seit der Verabschiedung der UN-Resolution 1325 im Jahr 2000 herrscht im UN-Sicherheitsrat Konsens darüber, dass gewalttätige Konflikte eine nicht zu unterschätzende Gender-Komponente haben. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf Frauen als Opfer von Gewalt, sondern auch auf ihre Rolle als Akteur*innen für Frieden und Sicherheit (Smith 2020). Wie oben dargelegt, sind die Geschlechter zudem oft unterschiedlich am Klimawandel beteiligt oder von ihm betroffen. Wenn also der Nexus Klimawandel und Sicherheit bearbeitet wird, sind die Geschlechterrollen analytisch und in der Praxis zu erfassen.
- Jenseits von Prävention und Früherkennung stellt sich die Frage nach der spezifischen Rolle internationaler Institutionen. Erforderlich ist insbesondere eine intensivere Debatte darüber, welche Formen von Verbindlichkeit und Zwang (politischer, ökonomischer und rechtlicher Zwang) angewendet oder auch entwickelt werden können, um klimabedingten Sicherheitsrisiken zu begegnen. Hier sollte neben der EU und dem UN-Sicherheitsrat ein Fokus auf der Rolle des Rechts und der nationalen und internationalen Gerichte liegen.
- Über die Sicherheitsrisiken des Klimawandels ist eine ausdrücklich ressort- und akteursübergreifende, strategische Kommunikation notwendig, die Dringlichkeit und Möglichkeiten gemeinsamer Anstrengung verdeutlicht. Über einen Fonds für unabhängige journalistische Arbeit könnten Positivbeispiele und Leuchtturmprojekte (*best practises*) eines wirksamen Klimaschutzes popularisiert werden.
- Letztlich sollte die Krisenwahrnehmung in der Bevölkerung zum Klimathema durch effektive Kommunikation seitens der Bundesregierung auch durch entsprechende Förderprogramme im Bildungs- und Forschungsbereich gestärkt werden. Konkret empfehlen wir neben der wissenschaftlichen Politikberatung auch die Initiativen in der schulischen und außerschulischen politischen Bildung zu stärken.

Literaturverzeichnis

Afghanistan Resilience Consortium (2017). Hazard and Climate Vulnerability and Capacity Assessment Toolkit. Verfügbar unter: https://postconflict.unep.ch/Afghanistan/UNEP_AFG_ARC_HCVA_Toolkit_English.pdf.

Auswärtiges Amt (2020). „Mit der Natur lässt sich nicht verhandeln“: Heiko Maas leitet UN-Debatte zu Klima und Sicherheit. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/uno/maas-klima-sicherheit/2370722>.

Auswärtiges Amt (2019). Bericht des Auswärtigen Amts zur Klima-Außenpolitik. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2295884/ce7a2b35b139dcfec5e74facb68916e6/200124-klimabericht-dl-data.pdf>.

Adams, Courtland, Tobias Ide, Jon Barnett, and Adrien Detges (2018). „Sampling Bias in Climate-Conflict Research.” *Nature Climate Change* 8(3): S. 200–203.

Benner, Ann-Kathrin; Brzoska, Michael; Kohler, Christina; Kroll, Stefan; Rothe, Delf; Scheffran, Jürgen et al. (2020). Friedenspolitik in Zeiten des Klimawandels. Fokus. In: BICC, HSK, IFSH und INEF (Hg.): Friedensgutachten 2020. Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa. Bielefeld: transcript Verlag, S. 25–43.

Bernstein, Tanja; Schoppa, Maxmilian (2019). Der Klimawandel als Risiko-Multiplikator: Ein Thema für den UN-Sicherheitsrat? ZIF-kompakt. Verfügbar unter: <https://www.zif-berlin.org/veroeffentlichungen/der-klimawandel-als-risiko-multiplikator-ein-thema-fuer-den-un-sicherheitsrat>.

Boin, Arjen; Hart, Paul ;t; Kuipers, Sanneke (2018). The Crisis Approach. In: Rodríguez, Havidán; Donner, William; Trainor, Joseph E. (Hg.): *Handbook of Disaster Research*. Second Edition. Cham: Springer International Publishing, S. 23–38.

Boin, Arjen; Ekengren, Magnus; Rhinard, Mark (2020). Hiding in plain sight. Conceptualizing the creeping crisis. In: *Risk, Hazards & Crisis in Public Policy* (Online Version), S. 1–23. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1002/rhc3.12193>.

Bösch, Frank; Deitelhoff, Nicole; Kroll, Stefan; Thiel, Thorsten (2020). Für eine reflexive Krisenforschung. Zur Einführung. In: Frank Bösch; Nicole Deitelhoff und Stefan Kroll (Hg.): *Handbuch Krisenforschung*. Wiesbaden: Springer VS.

Brinks, Verena; Ibert, Oliver; Wendland, Anna Veronika (2017). Beratung unter Stress. Experten in und für Krisen. In: *Krisen einer globalisierten Welt – Working Paper No. 2*, S. 1–18. Verfügbar unter https://www.leibniz-krisen.de/fileadmin/user_upload/Krisen/Publikationen/Working_Papers/LFV_Krisen_einer_globalisierten_Welt_Working_Papers_No_2.pdf.

Brown, Oli (2019). Climate-Fragility Risk Brief: Afghanistan. Climate Security Expert Network. Berlin: Adelphi. Verfügbar unter: https://climate-security-expert-network.org/sites/climate-security-expert-network.com/files/documents/csen_climate_fragility_risk_brief_-_afghanistan_0.pdf.

Brunnée, Jutta (2019). The Rule of International (Environmental) Law. Law and Complex Problems. In: Heike Krieger; Georg Nolte und Andreas Zimmermann (Hg.): *The International Rule of Law. Rise or Decline?* Oxford: Oxford University Press, S. 211–231.

Bundesregierung (2017). Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Berlin: Auswärtiges Amt. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf>.

Bundesministerium des Innern (BMI) (2014). Leitfaden Krisenkommunikation. Berlin. Verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bevoelkerungsschutz/leitfaden-krisenkommunikation.pdf>.

Bundeswehr, Planungsamt (2012). Klimafolgen im Kontext – Implikationen für Sicherheit und Stabilität im Nahen Osten und Nordafrika, S. 237. Verfügbar unter: <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/140552/823d868570c72b0b76b28440c4e293f1/klimafolgen-data.pdf>.

Charbit Y. (2018). Women As Actors in Addressing Climate Change. In: Riley N.; Brunson J. (eds): International Handbook on Gender and Demographic Processes. International Handbooks of Population, vol 8. Springer, Dordrecht. https://doi.org/10.1007/978-94-024-1290-1_21.

Deutscher Naturschutzring (7. Dezember 2020). "Vorschläge für 8. Umweltaktionsprogramm und Aarhus-Verordnung." <https://www.dnr.de/eu-koordination/eu-umweltnews/2020-politik-recht/vorschlaege-fuer-8-umweltaktionsprogramm-und-aarhus-verordnung/>.

Dröge, Susanne (2018). Klimawandel als Sicherheitsproblem. Prioritäten für Deutschlands Sicherheitsratssitz 2019–2020. SWP-Aktuell Nr. 49, S. 8. Verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2018A49_Dge.pdf.

Dröge, Susanne (2020). Umgang mit den Risiken des Klimawandels: welche Rolle für den VN-Sicherheitsrat? SWP-Studie 5/2020, März 2020.

Eckstein, David; Künzel, Vera; Schäfer, Lauer; Wings, Mair (2019) Global Climate Risk Index: 2020: Who Suffers Most From Extreme Weather Events? Weather-related Loss Events in 2018 and 1998 to 2018. Germanwatch. Verfügbar unter: https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/20-2-01e%20Global%20Climate%20Risk%20Index%202020_14.pdf.

Eckstein, David; Lukas Dorsch, Livia Fischer (2015). Global Climate Risk Index 2016. Verfügbar unter: <https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/publication/13503.pdf>.

EEAS – European External Action Service (2020). Climate Change and Defence Roadmap. Working document presented to the Council of the European Union, 9th November 2020; EEAS (2020) 1251. Verfügbar unter: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12741-2020-INIT/en/pdf>.

Gardiner, Stephen; McKinnon, Catriona; Fragnière, Augustin (Hg.) (2020). The Ethics of "Geoengineering" the Global Climate: Justice, Legitimacy and Governance. Routledge.

Germanwatch e.V. Klima Kompakt. Nr. 80 (Februar 2014). Abgerufen am 9. November 2020. S. 3. Verfügbar unter: https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/klima_kompakt/8830.pdf.

Grauvogel, Julia; Diez, Thomas (2014). Framing und Versicherheitlichung: Die diskursive Konstruktion des Klimawandels. Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, 3. Jg., Heft 2, S. 203–232.

Hahn, André; Kuffer, Michael; Mihalic, Irene; Mittag, Susanne; Strasser, Benjamin (Hg.) (2020). Grünbuch 2020 zur Öffentlichen Sicherheit. Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit. Verfügbar unter: https://zoes-bund.de/wp-content/uploads/2020/12/201130_Gruenbuch_2020_digital-BF.pdf.

Hickmann, Thomas; Partzsch, Lena; Pattberg, Philipp; Weiland, Sabine (2019). Introduction. A political science perspective on the Anthropocene. In: Hickmann, Thomas; Partzsch, Lena; Pattberg, Philipp; Weiland, Sabine (Hg.): The anthropocene debate and political science. London and New York: Routledge, S. 1–12.

IPCC (2018): Summary for Policymakers. In: *Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty*. In: Masson-Delmotte, V.; P. Zhai; H.-O. Pörtner; D. Roberts; J. Skea; P.R. Shukla; A. Pirani; W. Moufouma-Okia; C. Péan; R. Pidcock; S. Connors; J.B.R. Matthews; Y. Chen; X. Zhou; M.I. Gomis; E. Lonnoy; T. Maycock; M. Tignor; and T. Waterfield (eds.). *World Meteorological Organization, Geneva, Switzerland, 32 pp.* Verfügbar unter: <https://www.ipcc.ch/sr15/chapter/spm/>.

Janusz-Pawletta, Barbara; Gubaidullina, Mara (2015): Transboundary Water Management in Central Asia. *Cahiers d'Asie centrale*, S. 195–215.

Keller, D., Feng, E.; Oeschles, A. (2014): Potential climate engineering effectiveness and side effects during a high carbon dioxide-emission scenario. *Nat Commun* 5, 3304. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1038/ncomms4304>.

Kelley, Colin P.; Mohtadi, Shahrzad; Cane, Mark A.; Seager, Richard; Kushnir Yochanan (2015). Climate Change in the Fertile Crescent and Implications of the Recent Syrian Drought. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 112, no. 11, S. 3241–46. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1073/pnas.1421533112>.

Lawrence, M.G., Schäfer, S., Muri, H. et al. (2018). Evaluating climate geoengineering proposals in the context of the Paris Agreement temperature goals. *Nat Commun* 9, 3734 (2018). Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1038/s41467-018-05938-3>.

Lucke, Franziskus von; Diez, Thomas; Wellmann, Zehra (2016). Klimakämpfe: Eine Komparative Studie der Versicherheitlichung von Klimawandel. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 23, no. 2, S. 112–143.

Lukas, Stefan (2020). Ein unterschätzter Brandbeschleuniger: Die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels am Beispiel des Nahen und Mittleren Ostens, Arbeitspapier Sicherheitspolitik 3/2020. Verfügbar unter <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2020/ein-unterschaetzter-brandbeschleuniger-die-sicherheitspolitischen-folgen-des>.

Mach, Katharine J.; Kraan, Caroline M.; Adger, Neil; Buhaug, Halvard; Burke, Marshall; Fearon, James D.; Field, Christopher B. et al. (2019). Climate as a Risk Factor for Armed Conflict. *Nature* 571, no. 7764, S. 193–97. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1038/s41586-019-1300-6>.

Mansfield, David (2020). When the Water Runs Out: The Rise (and Inevitable Fall) of the Deserts of Southwest Afghanistan and its Impact on Migration, Poppy and Stability. Afghanistan Research and Evaluation Method. Verfügbar unter: <https://reliefweb.int/report/afghanistan/when-water-runs-out-rise-and-inevitable-fall-deserts-southwest-afghanistan-and>.

Mergel, Thomas (2012). Krisen als Wahrnehmungsphänomene. In: Thomas Mergel (Hg.): Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt am Main: Campus, S. 9–27.

Mohr, Kerstin; Rojas Castro, Silvia; Meyer, Kathrin; Mahecha Groot, Ana Maria; Daza Nino, Natalia; Rojas Vallejo, Maria Laura (2020). Gender Responsive Climate Policy. A Case Study of the Colombian Coal Sector. Polis180/Transforma.

Munich Security Conference (2020). The World Climate & Security Report 2020, Expert Group of the International Military Council on Climate & Security. Verfügbar unter: <https://imccs.org/report2020/>.

NATO (2020, November 25). NATO 2030: United for a New Era, Analysis and Recommendations of the Reflection Group Appointed by the NATO Secretary General. Verfügbar unter: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf.

NEPA & UNEP (2015) Climate Change and Governance in Afghanistan, Kabul: National Environmental Protection Agency and United Nations Environment Programme.

NEPA (2017) Second National Communication under the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC), Kabul: National Environmental Protection Agency.

OSZE (2020): Stärkung der Maßnahmen gegen Sicherheitsrisiken des Klimawandels in Südosteuropa, Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien. Projekt in Partnerschaft mit adelphi. Verfügbar unter: <https://www.adelphi.de/de/projekt/st%C3%A4rkung-der-ma%C3%9Fnahmen-gegen-sicherheitsrisiken-des-klimawandels-s%C3%BCdosteuropa-osteuropa-dem>.

Rüttinger, Lukas; Smith, Dan; Stang, Gerald; Tänzler, Dennis and Janani Vivekananda (2015). A New Climate for Peace. Taking Action on Climate and Fragility Risks. An independent report commissioned by the G7 members. Verfügbar unter: <https://www.newclimateforpeace.org/>.

Ruttig, Thomas (2014). Slippery Slopes: Ecological, social and developmental aspects of the Badakhshan landslide disaster. Verfügbar unter: <https://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/economy-development-environment/slippery-slopes-ecological-social-and-developmental-aspects-of-the-badakhshan-landslide-disaster/>.

Ruttig, Thomas (2015). Before the Paris Conference: The state of Afghanistan's climate and its adaption capability. Verfügbar unter: <https://www.afghanistan-analysts.org/en/reports/economy-development-environment/before-the-paris-conference-the-state-of-afghanistans-climate-and-its-adaption-capability/>.

Schleussner, Carl-Friedrich; Donges, Jonathan F.; Donner, Reik V.; Schellnhuber, Hans Joachim (2016). Armed-Conflict Risks Enhanced by Climate-Related Disasters in Ethnically Fractionalized Countries. Proceedings of the National Academy of Sciences 113, no. 33, 9216–21. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1073/pnas.1601611113>.

Savage, Matthew; Dougherty, Bill; Hamza, Mohammed; Butterfield, Ruth; Bharwani, Sukaina (2009). Socio-Economic Impacts of Climate Change in Afghanistan. Stockholm: Stockholm Environment Institute. Verfügbar unter: <https://www.weadapt.org/sites/weadapt.org/files/legacy-new/placemarks/files/5345354491559sei-dfid-afghanistan-report-1-.pdf>.

Savaresi, Annalisa (2019). The Paris Agreement and the future of the climate regime. Reflections on an international law Odyssey. In: Georg Ulrich und Ineta Ziemele (Hg.): How international law works in times of crisis. Oxford: Oxford University Press, S. 189–205.

Shroder, John; Ahmadzai, Sher Jan (2016). Transboundary Water Resources in Afghanistan. Climate Change and Land-Use Implications. Elsevier.

Smith, Elizabeth (2020). Climate Change in Women, Peace and Security National Action Plans. SIPRI Background Paper. Verfügbar unter: <https://www.sipri.org/sites/default/files/2020-06/sipriinsight2007.pdf>.

Uexkull, Nina von; Croicu, Mihai; Fjelde, Hanne; Buhaug, Halvard (2016). Civil Conflict Sensitivity to Growing-Season Drought. Proceedings of the National Academy of Sciences 113, no. 44, S. 12391–96. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1073/pnas.1607542113>.

UNDP Afghanistan (2018). Climate Change Adaptation Afghanistan. Verfügbar unter: <https://www.af.undp.org/content/afghanistan/en/home/projects/CCAP-Afghanistan.html>.

UNDP (2018) Human Development Indices and Indicators: 2018 Statistical Update: Afghanistan, Verfügbar: <http://report.hdr.undp.org/>.

UNEP, UN Women, DPPA, UNDP, (2020). Gender, Climate & Security. Sustaining inclusive peace on the frontlines of climate change. United Nations. Verfügbar unter: <https://www.unwomen.org/-/media/headquarters/attachments/sections/library/publications/2020/gender-climate-and-security-en.pdf?la=en&vs=215>.

UN Security Council (2000). Resolution 1325: Women, Peace and Security.

UN (2013). Natural Resource Management and Peacebuilding in Afghanistan, Kabul: UN Country Team.

UN (2014). United Nations Development Assistance Framework for Afghanistan 2015-2019, Kabul: UN Country Team.

Vinke, Kira (2020). Klima, Krisen und Konflikte. In: Vereinte Nationen 68, No. 3, S. 106.

WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2007). Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel (Vol. 4). Verfügbar unter: https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/archiv/wbgu_jg2007.pdf.

Werrel, Caitlin E.; Femia, Francesco (2019). The Responsibility to Prepare and Prevent. A Climate Security Governance Framework for the 21st Century, Council on Strategic Risks, Center for Climate and Security. Verfügbar unter: https://climateandsecurity.org/wp-content/uploads/2019/10/the-responsibility-to-prepare-and-prevent_a-climate-security-governance-framework-for-the-21st-century_2019_10.pdf.

Wehrheim, Jan (2018). Kritik der Versicherheitlichung: Thesen zur (sozialwissenschaftlichen) Sicherheitsforschung. Kriminologisches Journal 3/2018. S. 211-221.

Wesch, Stefanie; Murken, Lisa; Vinke, Kira (September 2019). Warum Klimaschutz Krisenprävention ist. PeaceLab Blog. 03. Verfügbar unter: <https://peacelab.blog/2019/09/warum-klimaschutz-krisenpraevention-ist-das-beispiel-burkina-faso>.

WFP, UNEP & NEPA (2016). Climate Change in Afghanistan: What does it mean for Rural Livelihoods and Food Security? Verfügbar unter: https://cdn.wfp.org/wfp.org/publications/WFP_UNEP_NEPA_Afghanistan_Impacts_climate_%20change.pdf?_ga=2.206739674.817978439.1611135651-343723156.1611135651.

Wolff, Jonas; Witt, Antonia; Stappenbeck, Jens; Schnabel, Simone; Peez, Anton; Junk, Julian; Coni-Zimmer, Melanie; Christian, Ben; Birchinger, Sophia; Bethke, Felix (2020). Frieden und Entwicklung 2020 – Eine Analyse aktueller Erfahrungen und Erkenntnisse. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Verfügbar unter: https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Bericht_FriedenundEntwicklung2020_HSKF.pdf.

Der Beirat der Bundesregierung

Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Der Beirat bündelt zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Expertise zur Krisenprävention und Friedensförderung und berät die Arbeit der Bundesregierung. Er setzt sich aus 20 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Er begleitet die Umsetzung der 2017 von der Bundesregierung beschlossenen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“. Durch seine Arbeit fördert der Beirat aktiv den Austausch der Bundesregierung mit der Zivilgesellschaft. Zu übergreifenden strategischen Fragen kann der Beirat öffentlich Stellung beziehen.

Mitglieder des Beirats:

Bodo von Borries

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), (Vorsitzender)

Dr. Kira Vinke

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), (Vorsitzende)

Dr. Melanie Coni-Zimmer

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Professor Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann
Berghof Foundation

Generalleutnant a.D. Rainer Glatz

Dr. Jörn Grävingholt

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Melanie Hauenstein

United Nations Development Programme (UNDP)

Professor Dr. Andreas Heinemann-Grüder

Bonn International Center of Conversion (BICC)

Christiane Kesper

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Dr. Jörg Lür

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Dr. Claudia Major

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Dr. Jochen Motte

Forum Menschenrechte

Nora Müller

Körber-Stiftung

Winfried Nachtwei

MdB a.D.

Sonja Schiffrers

Polis180 e.V

Ginger Schmitz

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Martin Vehrenberg

Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZfD)/
AGIAMONDO e.V.

Lars Wagner

Deutsche Hochschule der Polizei

Natascha Zupan

Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt)

Priv.-Doz. Dr. Nadjma Yassari

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

